

# Nachrichten für Raunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelschahn, Deucha, Vorsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomken, Staudnitz, Threna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Raunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 27.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 27.50. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. 4spaltige Zeile Mk. 1.20, Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Größere noch früher. — Alle Anzeigenvermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Auswärtigen oder in der Geschäftsstelle angenommen.

General: Amt Raunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Raunhof & Co., Raunhof, Nr. 2

Nummer 17

Mittwoch, den 9. Februar 1921

32. Jahrgang

### Ämtliches.

Mittwoch, den 9. Februar, 10 Uhr vorm.  
werden auf hiesigem Güterboden

24 kg Röstkaffee

öffentlich, meistbietend, gegen Barzahlung versteigert.

Güterabf. Raunhof, am 7. Febr. 1921.

### Kleine Zeitung für einige Leser.

- Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz findet erst nach der Londoner Besprechung statt.
- Das Jahr 1920 schließt für die Stadt Berlin mit einem Defizit von dreihundert Millionen Mark ab.
- Frankreich und Polen haben ein gegen Deutschland gerichtete militärisches Abkommen geschlossen.

### Vorsicht!

Die Antwort auf die einmütige Rundgebung des Deutschen Reichstages, auf die entschiedene und würdige Zurückweisung der Pariser Beschlüsse durch den deutschen Außenminister Dr. Simons hat die französische Öffentlichkeit, lenkbar wie sie ist, dem britischen Ministerpräsidenten überlassen.

Man wußte, daß Lloyd George am Wochenende zweimal in Birmingham sprechen würde, und hatte daraufhin offenbar den Wink erhalten, so lange zu schweigen. Mit bewundernswürdiger Disziplin wurde diese Weisung befolgt und nun erst, nachdem das Oberhaupt der englischen Regierung das Stichwort ausgegeben hat, wird es auch von der Pariser Presse in allen Tonarten ausgesprochen. Wie immer, setzen sich auch die Birminghamer Reden des britischen Ministerpräsidenten aus Drustilität und Schamhaftigkeit zusammen. Je nach Reizung laßt man die eine oder die andere Seite seiner Sprechübungen mehr oder weniger auf sich wirken lassen. Wir Deutsche haben aber vor allen Dingen Veranlassung, ein scharfes Ohr zu haben für die Versuche, die eben erst wieder neu gewonnene Einheitsfront zur Abwehr der Pariser Beschlüsse von außen her zu unterwählen. Lloyd George bedient sich dazu genau der gleichen Mittel, die ihm während des Weltkrieges zur Niederzwingung unseres Kampfes geistig zur Hand waren. Mit unverkennbarer Absicht spricht er von dem Deutschland von 1914, das auch jetzt noch immer nicht der Vergangenheit anzugehören scheint. Man sage zwar, die deutschen Herrscher hätten allein den Krieg verursacht, während das deutsche Volk nicht hinter ihnen gestanden habe, aber selbst die deutschen Sozialisten hätten doch ihre Regierung während des Krieges nach Kräften unterstützt und sich gern an der Beute beteiligt, die man im Falle eines Sieges dem Feinde auferlegt hätte. Und bei den Besprechungen mit Dr. Simons könne er das unangenehme Gefühl nicht los werden, als ständen hinter diesem Manne, für den er im übrigen ein paar lobende Bemerkungen nicht verschmähte, immer noch die Männer von 1914. Flugs sind nun die Pariser Blätter bei der Hand, um nun auch ihrerseits in die gleiche Kerbe zu schlagen. Sie machen die Entdeckung, daß die Reichsparteien in Deutschland von Bayern aus einen deutlich erkennbaren Druck auf Berlin ausübten im Gegensatz zu gewissen Linkelementen in Norddeutschland und in Westfalen (gemeint sind die Kommunisten), die sowohl in der Entwaffnung, als auch in der Wiederherstellungsfrage nachgeben wollten. Auf diese Weise drohe ein gefährlicher Geisteszustand in Deutschland um sich zu greifen, und man müsse befürchten, daß die Offiziere der Kontrollkommission das Opfer neuer Angriffe werden könnten, wenn die deutsche Regierung nicht einschreite, was zu tun sie nicht gewillt sei. Wie man sieht, sollen also die lieben Deutschen wieder einmal munter aufeinander gehetzt werden, weil man gegen ihre einmütige Entschlossenheit die famosen Pariser Beschlüsse denn doch für unüberwindlich hält. Das Gerede der Männer von 1914 wird herausbeschworen, um diejenigen Deutschen, die das Ergebnis der Pariser Konferenz lebend gemacht hat, wieder zu blenden. Selbst der maßvolle und in seiner unerwartlichen Besonnenheit so ziemlich allen Deutschen gleich sympathische Dr. Simons wird in eine herabsetzende Verbindung mit dem Deutschland von 1914 gebracht, als wenn er auf dem besten Wege wäre, ein gleiches Weltverbrechen zu verursachen, wie dasjenige, um dessen Urheberchaft noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Lloyd George und Briand haben allerdings alle Veranlassung dazu, die Wälder der Köpfe von dem Werk ihrer Hände abzulenken. In Deutschland aber werden sie diesmal damit schwerlich Glück haben. So lange der Wahnsinn der Pariser Beschlüsse nicht von ihren Vätern preisgegeben ist, so lange wird die Einheitsfront von Herat bis Schwedemann nicht wanken und nicht weichen, und wie die Unabhängigen diesmal zur deutschen Schicksalsfrage stehen, das hat der ihnen mituntergezeichnete Aufruf an die Arbeiter der Welt zur Genüge dargelegt. Trotzdem sollen und müssen wir auf der Hut sein, denn Lloyd George hat nicht nur in England und nicht nur in Frankreich viel zu viele willige Hebern, die seinem bloßen Wink gehorchen, und wir wissen, daß er zäh genug ist, um einen Versuch immer wieder so lange zu erneuern, bis er sein Ziel erreicht hat. Ihm wäre auch damit gedient, wenn wir uns, sei es im Norden, sei es im Süden, zu törichten Unbesonnenheiten hinreißen ließen, für uns kann es nicht nur

eine Lösung geben: Ruhig und fest, aber auch in unerbittlicher Geschlossenheit mit der Regierung zusammenzustehen, so lange diese an ihrer strikten Ablehnung der Pariser Beschlüsse festhält. Das ist der einzige Weg, dieses schwerste Unheil von uns abzuwenden.

### Vollste Einigkeit!

Die Ministerkonferenz in Berlin.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand in Berlin eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett über die durch die Note vom 29. vorigen Monats geschaffene politische Lage statt.

Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Übersicht über den Inhalt und die Bedeutung der Ententebedingungen und über die Stellung und die weiteren Absichten des Reichskabinetts. Der Reichswirtschaftsminister ergänzte diese Ausführungen nach der wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern legte die im Inland zu ergreifenden Maßnahmen dar. Sämtliche Anwesende erklärten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichskabinetts, wie sich diese aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen ergibt.

Ferner nahm der Reichsminister des Auswärtigen Gelegenheit, mit etwa 200 Vertretern der deutschen Gewerkschaften über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage sich auszusprechen. Der Minister beantwortete im Laufe der Aussprache eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Es ergab sich dabei vollkommene Übereinstimmung der Vertreter der Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt.

### Lloyd George droht.

In einer in Birmingham gehaltenen Rede erklärte Lloyd George u. a.: Alle Völker der Welt litten unter dem Niedergang des Handels. Man könne nicht mehr auf den Weltverkehr zählen, der fortgesetzten Schwankungen unterworfen sei und stabilisiert werden müsse. Er glaube, Deutschland mache keine Anstrengungen, um zu einer derartigen Stabilisierung zu gelangen. Deutschland sei eine starke und mächtige Nation. Es müsse bezahlen. Wenn seine Mark nur einen Penny wert sei, dann müsse man sie für einen Penny berechnen. Er glaube aber, daß die deutsche Mark ein wenig tiefer stehe, als es sein dürfte. Wenn erst die Entschädigungssumme festgelegt sei, werde die Mark etwas weniger schlecht stehen. Wenn er demnächst Reichsminister Simons in London sehen werde, werde er ihm bemerken, daß Deutschland keine wirklichen Anstrengungen mache, um zu bezahlen. England habe schlimmere Stunden erlebt, und es sei ihrer Herr geworden. Es werde den gegenwärtigen Schwierigkeiten mit derselben Entschlossenheit gegenüberzutreten. Es könne sie bekämpfen, wenn die Einigkeit unter allen Engländern fortbestehe.

### Amerika gegen Deutschlands Vernichtung.

Der frühere Einseitiger der demokratischen Partei im amerikanischen Senat, James Hamilton Lewis, erklärte, daß die amerikanischen Geschäftsleute der Regierung dabei helfen müßten, die Vernichtung Deutschlands zu verhindern, denn dies wäre der Anfang vom Ende des amerikanischen Handels. Die auf der Pariser Konferenz vorgeschlagenen Vereinbarungen für die Entschädigungszahlungen würden die Zentralmächte hindern, irgendeine wirtschaftliche Hilfe in Amerika zu erhalten, und sie weiter daran hindern, Handel mit Amerika zu treiben. Die Summe und die Zahlungsmethode sei nur festgelegt worden, um Deutschland in die Unmöglichkeit zu versetzen, Hilfe von anderen als von den Gläubigerstaaten zu erhalten, das dürften die Vereinigten Staaten nicht zulassen.

### Polnisch-französisches Bündnis.

Hebe gegen Deutschland.

Aus Paris wird gemeldet, der Hauptzweck der Reise Pilsudskys sei gewesen, die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens zu beeinflussen und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Außenminister wußte darzulegen, daß deutsche Agenten in Oberschlesien erzählten, wenn Polen allein stände, würde es unter seinen finanziellen und militärischen Lasten zusammenbrechen. Es wäre daher für die Oberschlesier besser, bei Deutschland zu bleiben, als sich Polen anzuschließen. Aus diesem Grunde müsse noch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich bekanntgegeben werden, daß Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Man hat jedoch keinerlei feste Verträge abgeschlossen, sondern man begnügte sich mit einer diplomatischen Note, die veröffentlicht wurde. Frankreich wünscht erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens zu kennen, bevor es sich zum Abschluß einer militärischen Allianz bereit findet. Außerdem hat Frankreich auch die militärische Unterstützung nicht unter allen Umständen zugesagt. Im Falle eines ungarisch-polnischen oder tschecho-slowakischen Krieges würde es sich jeder Unterstützung enthalten. Sollte Deutschland einen Angriff auf Polen unternehmen oder einen russischen Angriff auf Polen unterstützen, würde Frankreich militärische Hilfe leisten. Würde Polen von den Bolschewisten allein angegriffen, dann würde Frankreich keinen Soldaten ins Feld senden, sondern nur Offiziere und Kriegsmaterial, und die französische Flotte hätte die Aufgabe, die Verbindungen über Danzig freizuhalten.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

#### Verchiebung der Brüsseler Konferenz.

Es steht nunmehr fest, daß die Brüsseler Finanzkonferenz erst nach der Londoner Konferenz stattfinden wird. Die Arbeiten der sämtlichen Sachverständigen sind einstweilen eingestellt worden.

#### Kein Sonderfriedensangebot.

„Chicago Tribune“ und „New York Herald“ lassen sich melden, daß die deutsche Regierung durch den amerikanischen Geschäftsträger in Berlin der amerikanischen Regierung das Angebot eines Sonderfriedens gemacht habe. Diese Meldung ist frei erfunden. Es ist ohne weiteres klar, daß die deutsche Regierung ein solches Angebot nicht machen konnte, weil die Wilsonsche Präzidentenschaft am 4. März zu Ende geht und gar nicht in der Lage wäre, einem etwaigen Angebot näherzutreten, ganz abgesehen davon, daß Wilson persönlich für den Versailler Vertrag eintritt, an dem er mitgewirkt hat.

#### Die deutsche Presse an Oberschlesien.

Der Gesamtvorstand des Reichsverbandes hat zugunsten Oberschlesiens eine Entschleunigung angenommen, in der es heißt: „Seit vielen Jahrzehnten ist Oberschlesien deutsches Land. Durch deutsche Arbeit, durch deutschen Siedler- und Gewerkschaftsgeist hat das obereschlesische Volk die Seagnungen einer höheren Zivilisation und stärkeren wirtschaftlichen Aufschwung empfangen. Der Versailler Frieden hat bewirkt, daß mitten in friedlicher Arbeit durch einen rücksichtslosen Kampf gegen die deutsche Nationalität Zwietracht unter der obereschlesischen Bevölkerung entfacht wurde. Die Vöderschleichen kommen der gesamten Weltwirtschaft zugute; und der Staat, der sie besitzt, hat das Mandat ihrer pfleglichen Behandlung und größtmöglichen Wertverwertung. Dafür aber bietet nur Deutschland und nimmermehr Polen die Gewähr. Die deutsche Presse hat in einheitlicher Front ohne Unterschied der Partei das Ringen der Oberschlesier um die Erhaltung ihrer Heimat beim deutschen Vaterlande, um die Rettung deutscher Kultur und deutschen Gewerkschaftsgeistes vor drohendem Untergang mit wärmster Anteilnahme unterstützt. Sie wird es weiterhin tun, damit der Tag der Entscheidung sich zu einem überwältigenden Siege obereschlesisch-deutscher Kultur und Gestirnung gegen polnische Begehrlichkeit und Unkultur gestaltet.“

#### Internationale Elbe-Konferenz.

Die Internationale Elbe-Konferenz, die noch immer in Dresden tagt, verhandelt in den letzten Tagen über die Fälschung, über Bauten und Abgaben. Ferner fand eine Besprechung darüber statt, welche Schiffsapartier für die Elbe-Schiffahrt gefordert werden sollen. Unter Zuziehung von Zollfachverständigen wurden sämtliche Zollfragen durchgesprochen.

#### Auflösung des Landesökonomikollégiums.

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, das Landesökonomikollégium aufzulösen, ebenso die Preussische Landwirtschaftskammer wegen der bekannten Vorgänge am 27. Januar, wo der Vorsitzende der Kammer eine Qualifikation für den früheren Kaiser darbrachte.

#### Ungarn.

Die Entente gegen die Habsburger. Der englische Oberkommissar Hobler erklärte, daß anlässlich einer gemeinsamen Beratung der Ententeminister in London der einheitliche Standpunkt der gesamten Entente in der ungarischen Königsfrage dahin festgelegt worden sei, daß die Entente unter keinen Umständen die Rückkehr der Dynastie Habsburg auf den ungarischen Thron gestatten könne. Diese Frage wird überhaupt nicht als eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit Ungarns, sondern als ein höchst wichtiges außenpolitisches Problem betrachtet. Hobler erklärte weiter, daß die Entente im übrigen der ungarischen inneren Politik gleichgültig gegenüberstehe.

#### Griechenland.

Das neue griechische Kabinett. Nach Beratungen mit den Parteiführern beauftragte der König den Finanzminister Kalogeropoulos mit der Bildung des Kabinetts. Nachdem Kalogeropoulos angenommen hatte, legte er dem König die Ministerliste vor. Er selber übernimmt dabei die auswärtige Politik. Sämtliche gewesenen Minister mit Ausnahme von Kallithys verbleiben in ihren Ämtern. Protapapadakis übernimmt die Finanzen, Theotoki die Marine. Beide sind Sunaristen.

#### Türkei.

Kemal Paschas Bedingungen. Mustafa Kemal Pascha hat die Bedingungen, die er hinsichtlich der Londoner Konferenz in Konstantinopel stellen will, wie folgt formuliert: Der Sultan wird ein Trade veröffentlicht, durch das er die Regierung von Angora anerkennt. Der Sultan wird in Konstantinopel verbleiben, die Regierung provisorisch in Angora. Das Konstantinopeler Kabinett wird aufgelöst und durch einen besonderen Ausschuss, der von Angora akkreditiert wird, ersetzt. Angora garantiert die Zahlung der Apanage des Sultans und der kaiserlichen Familie und der Gehälter der Beamten.

#### Amerika.

Kein Geld mehr für die Entente. Senator Nelson,